Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

1.12.1926 (No. 279)

Visual Library

№ 279 Mittwoch, den 1. Dezember 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

* Die Schwierigkeiten einer Reichswehrkontrolle

Wir haben gestern an dieser Stelle von dem ernsten Willen der republikanischen Parteien gesprochen, eine **Kontrolle des Reichswehrersatzes** einzurichten. Die Forderung ist eine Selbstverständlichkeit. Sie hätte nicht erhoben zu werden brauchen, wenn die Einstellung von Rekruten und Offiziersanwärtern ordnungsgemäß verlaufen würde. Faktisch verläuft sie aber nicht ordnungsgemäß; denn es hat sich, zumal in den letzten Jahren, der Brauch herausgebildet, daß Stahlhelm, Wiking und Olympia, also drei ausgesprochen **reaktionäre und antirepublikanische Wehrverbände,** aus **ihren Reihen den Ersatz stellen.** Und das ist gewiß **nicht** in der Ordnung.

Mit dem Erheben einer Forderung allein ist es aber nicht getan. Sie muß im Parlament eine Mehrheit finden. An dem Zustandekommen dieser Mehrheit zweifeln wir einstweilen nicht. Schwierigkeiten könnten höchstens insofern entstehen, als womöglich einzelne Generäle sich gegen die Forderung erklären werden. Aber, wenn eine feste Mehrheit im Reichstag vorhanden ist, dann werden sich Schwierigkeiten parlamentarischer oder verfassungsrechtlicher Art sicherlich überwinden lassen. Viel größer sind die Schwierigkeiten, die sich bei der **Verwirklichung der Forderung in der Praxis der Reichswehr** selbst ergeben müssen.

Daß ein großer Teil des Offizierkorps der Reichswehr alles versuchen wird, um die **Ausübung der Kontrolle zu erschweren,** dürfen wir von vornherein annehmen. Natürlich wird das nicht in der Weise geschehen, daß man sich offen gegen die Kontrollinstanzen auflehnt, sondern man wird wahrscheinlich den Offiziersanwärtern, die von der Kontrollinstanz als republikanisch zuverlässig beglaubigt sind, das Leben derartig sauer machen, daß sie der Reichswehr bald wieder den Rücken kehren. Und ebenso ist zu befürchten, daß die Rekruten mit einwandsfrei republikanischer Gesinnung von den reaktionären Elementen derartig gequält und gepiesackt werden, daß auch sie entweder der Reichswehr wieder verloren gehen oder sich schließlich den stärkeren Fäusten unterordnen.

Wir hoffen, daß es gelingen wird, diese Schwierigkeiten mit der Zeit zu beseitigen. Die Pessimisten werden sagen, daß es überhaupt schon zu spät ist zu einer Republikanisierung der Reichswehr. Wir möchten diesen Pessimisten **nicht** beipflichten. Zunächst ist damit zu rechnen, daß doch ein **großer Teil der Reichswehroffiziere durchaus guten Willens** ist und die Forderung, daß die Reichswehr der Republik auch republikanisch zu sein habe, als berechtigt anerkennt. Vor allem ist von den meisten höheren Führern zu erwarten, daß sie durch entsprechende Aufsicht eine Sabotage der Kontrolle hintanhalten werden. Dann kommt natürlich alles auf die **Kontrollinstanzen** an. Ihre Mitglieder müssen ebenso energisch und zielbewußt, wie umsichtig und taktvoll sein. Ein Mitglied, das versuchen würde, seine Stellung zu einer ganz generellen und d. h. letzten Endes fachlich-militärischen Kontrolle der Reichswehr auszunutzen, wäre vollkommen untauglich. Noch untauglicher allerdings wären Mitglieder, die im Herzen selber reaktionär gesinnt sind und sich einwickeln lassen.

Leicht wird also die ganze Kontrolle nicht sein. Und es ist gut, wenn man sich schon vorher darüber klar wird. Es rächt sich jetzt eben, daß man jahrelang den Dingen ihren Lauf gelassen hat. Die Arbeit, die jetzt verrichtet werden muß, wird demgemäß viel schwerer sein, als sie es noch vor einigen Jahren gewesen wäre. Und bedauerlich ist und bleibt es, daß es dem Reichswehrministerium nicht möglich gewesen ist, von sich aus das Einreißen jener merkwürdigen Methode des Rekrutenersatzes zu verhindern. **Wie gesagt: getan werden muß jene Arbeit; denn sonst könnte es eines Tages für die republikanischen Parteien ein peinliches Erwachen geben. Aber auch außenpolitisch ist es notwendig, daß die Reichswehr ein absolut zuverlässiges Instrument in der Hand der Republik bleibt und von der Berührung mit rechtsradikalen Elementen bewahrt wird.**

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des **Monats November** auf 143,6 gegenüber 142,2 im Vormonat. Sie hat sich demnach um **1 v. H. erhöht.**

Die Lage im besetzten Gebiet

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin** 30. Nov.

Die zweite Beratung des **Nachtragsetats** beim

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. **Kenzler** (K.) bezeichnete die Ausführung der Kanalbauprojekte als notwendig zur Milderung der Arbeitslosigkeit.

Ohne weitere Aussprache wird der Haushalt bewilligt.

Angenommen wird eine Entschließung des Verkehrsausschusses, in der die Reichsregierung ersucht wird, bald tunlichst zu den Kanalprojekten Gegenvorschläge der Reichsbahngesellschaft vorzulegen, die geeignet sind, die in Frage kommenden Verkehrsbedürfnisse in gleicher Weise zu befriedigen.

Es folgt der Haushalt

des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Der Ausschuß beantragt eine Reihe von Maßnahmen zur Linderung der Not der Frankenlohnempfänger im Saargebiet, weiten eine Angleichung der Sozialversicherung im Saargebiet an die des Reiches durch Verhandlungen mit der Saarregierung.

Abg. **Bohla** (K.) führte Beschwerde über die mangelhafte Entschädigung der durch den Ruhrkampf geschädigten Arbeiter.

Abg. **Kirschmann** (S.) erkennt an, daß das Ministerium sich bemüht habe, die Nöte der Ruhrgeschädigten zu lindern. Für die Luxemburggänger müsse mehr geschehen, damit sie in ihren Arbeitsstellen bleiben können und nicht die deutsche Erwerbslosenfürsorge belasten.

Abg. v. **Dryander** (DNVP.) erklärt die Zustimmung der Deutschnationalen zum Nachtragsetat.

Abg. **Hofmann**-Ludwigshafen (Ztr.) begrüßt die bisherigen Hilfsmaßnahmen für die Saargänger und fordert weitere Fürsorge für diese 22 000 Menschen, die im Reichsgebiet wohnen und im Saargebiet ihr Brot finden. Auch den Luxemburggängern müsse geholfen werden. In diesem Grenzgebiet an Saar und Mosel sei die Not ungeheuer groß, da die unnatürlich Grenzziehung bei Eupen-Malmedy treue deutsche Gemeinden geradezu vom Verkehr mit dem übrigen Reichsgebiet losgerissen habe.

Abg. Dr. **Zapf** (DVP.): Das Rheinland sei den Ministern dankbar, die die Locarnopolitik gemacht haben, aber bis zur Stunde warte das besetzte Gebiet auf den Sperling, den man in Locarno in der Hand zu haben glaubte. Die unerhörten Übergriffe und Gewalttaten französischer Besatzungssoldaten seien noch immer ungesühnt wie der Fall Rouzier. Die letzten Ausführungen des Abg. Dr. Wirth könnte man dahin ergänzen: Den Worten der französischen Regierung müßten jetzt endlich Taten folgen.

Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. **Bell:**

Mit dem Geist von Thoiry sei die Fortsetzung der Besetzung des Rheinlandes unvereinbar. Wir hätten volles Verständnis, daß von der anderen Seite Achtung von der Ehre Frankreichs verlangt werde. Wir müßten aber auch erwarten, daß man jenseits unserer Grenzen nicht vergessen darf, daß **auch wir Deutsche eine Ehre haben,** deren Schutz wir in vollem Maße für uns in Anspruch nehmen. Gerade weil wir von der Aufrichtigkeit der Worte Briands voll überzeugt seien, müßten wir erwarten, daß ihnen endlich die Taten folgen. Der Minister ging dann auf die Hilfsmaßnahmen für die Saar- und Luxemburggänger ein und erklärte, daß auf diesem Wege fortgeschritten werden solle. Im größeren Umfange solle auch dem Kleingewerbe und der Landwirtschaft im besetzten Gebiet geholfen werden. Bisher seien dafür den Ländern 8 Millionen und vom Reiche 3 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Zu den schweren **Ausschreitungen von Angehörigen der Besatzungsarmee** übergehend, führte der Minister aus, es hätten sich nicht weniger als 45 Fälle überwiegend ernster Natur gezeigt, die die Bevölkerung in tiefe Erregung versetzten. Die deutsche Regierung werde alles tun, damit bei der am 20. Dezember stattfindenden Verhandlung des Germersheimer Falles der Tat volle Sühne werde. Vom 15. März 1926 bis 15. September 1926 sei die Besatzung von 88 000 Mann auf 80 000 zurückgegangen, welche Herabminderung einer Kulturnation von der Bedeutung Deutschlands unwürdig sei. Der Minister schloß mit den Worten, daß Frankreich nach den schweren deutschen Opfern endlich aus dem Nebelgebilde des Denkens an Versöhnung und Verständigung heraustreten möge in die praktische Verwirklichung des **gleichen Rechtes** auch für Deutschland, wozu vor allem ein Aufhören der Besatzung gehöre.

Abg. Dr. **Jörissen** (WVgg.): Die Hoffnungen der Bevölkerung des besetzten Gebietes auf die Verheißungen von Thoiry seien in der schmählichsten Weise enttäuscht worden.

Abg. **Beyersdörffer** (BVP.) schildert die Nöte der Pfalz und verlangt schleunige Aufhebung der Besatzung und vor allem der fremden Militärjustiz.

Abg. Dr. **Frick** (Völk.) Die Verständigungspolitik habe keinen Erfolg gehabt.

Abg. von **Richthofen** (D.) betont demgegenüber, ein anderer Weg, als der der Verständigungspolitik werde niemals zur Befreiung des Rheinlandes führen. Die von Deutschland aufrichtig geführte Verständigungspolitik gebe ihm auch das Recht, von Frankreich die sofortige Aufhebung der Besetzung zu verlangen, denn die Fortführung der Besetzung sei mit Locarno und Thoiry unvereinbar.

Damit schließt die Beratung. Der Haushalt wird nach den Ausschußvorschlägen bewilligt.

Um 6½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Politische Neuigkeiten

Zu den Forderungen der Kontrollkommission

Wie die Berliner Blätter zu der Frage der **Befestigungen im Osten** (Königsberg, Glogau usw.) erfahren, hängt diese mit dem Artikel 180 des Versailler Vertrages zusammen, nachdem die Befestigungen im Süden und Osten bestehen bleiben. Während die Auffassung der Kontrollkommission dahin gehe, daß an diesen Befestigungen nichts geändert werden dürfe, vertritt Deutschland die Ansicht, daß zu dem Bestehenbleiben einer Befestigung auch ihre Instandhaltung gegebenenfalls durch kleine Neubauten gehört. In der Frage des Kriegsmaterials wolle Deutschland zugestehen, was der Versailler Vertrag verlange, aber nichts darüber hinaus, vor allem nichts, was eine Schädigung der deutschen Industrie bedeuten würde.

Der diplom. Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph" schreibt, er erfahre, daß die britische Regierung nach wie vor es entschieden ablehne, die Errichtung irgendwelcher ständiger und Treu-Organen in der entmilitarisierten Rheinlandzone oder das Verlangen in Erwägung zu ziehen, daß es dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission des Völkerbundes und seinen Kollegen freistehen soll, andere Untersuchungen vorzunehmen als solche, zu denen sie vom Völkerbund selbst auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses ausdrücklich beauftragt worden sind.

Reich und „D. A. Z."

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" durch das Reich. Es lag ein Antrag vor, den Ankauf wieder rückgängig zu machen. **Stresemann** wiederholte seine Erklärung, die er bereits im Auswärtigen Ausschuß abgegeben hatte. Weiter verbreitete er sich über die etatrechtliche Seite der Angelegenheit und legte die Gründe dafür dar, daß der Ankauf der „D.A.Z." geheim erfolgt ist. Der Ausschuß unterhielt sich dann über die etatrechtliche Seite der Angelegenheit. Verlangt wurde Einstellung der „D.A.Z." in die Beteiligungen des Reiches. Abg. v. **Guérard** (Z.) meinte, daß nach Bekanntwerden des Verhältnisses zwischen Reich und „D.A.Z." der Zweck des Ankaufs verfehlt sei. Ohne einen Beschluß zu fassen, als die **Anträge zum sofortigen Verkauf** abzulehnen, vertagte sich der Ausschuß.

Der Reichsrentnertag

Der von der Zentralleitung des Reichsrentnerbundes auf 1. Dezember für ganz Deutschland veranstaltete Reichsrentnertag will auf die große Not der früheren Kapitalrentner und kleinen Sparer hinzuweisen, und das Interesse und das menschliche Verstehen für diesen, dem tiefsten Elend preisgegebenen Volksteil wachzurufen. Die Inflations- und Nachinflationszeit hat gewiß allen Ständen des deutschen Volkes schwere Opfer aufgebürdet. Während aber diejenigen, die in der wirtschaftlichen Tätigkeit standen und arbeitsfähig waren, den Kampf mit der Inflation und ihren Folgen aufnehmen konnten, waren die meist alten und körperlich erschöpften Kapitalrentner hiezu nicht mehr im Stande und somit dem Zerrüttungsprozeß widerstandslos preisgegeben. Der Leidensweg, den die Kleinrentner gehen mußten und heute noch gehen, ist ein überaus schwerer. Selbstmorde infolge verzweifelter Lage sind nicht selten. Still und mutlos geht diese Volksschicht zugrunde. Denn es widerstrebt ihr, ihr Elend aufdringlich zur Schau zu tragen. Und doch handelt es sich gerade bei dieser Schicht um einen der wertvollsten Teile unseres Volkes, der in Friedenszeiten ein Hauptträger der steuerlichen Lasten war und in den Zeiten der Not unseres Vaterlandes seine Pflichten bis zur Selbstaufopferung erfüllt hat.

Leider ist ein selbständiges Reichskleinrentnergesetz, das eine Grundlage für einen weiteren Aufbau hätte bilden können, im Gefolge der Steuernotverordnungen aufgehoben und an seine Stelle ist die Verordnung über die Fürsorgepflicht getreten. Hierdurch wurde die Angelegenheit der Kleinrentner den örtlichen Fürsorgeverbänden übertragen. Das Reich hat zwar Grundsätze über die Art und das Maß der Fürsorge erlassen, u. a. soll bei Kleinrentnern auf ihre früheren Lebensverhältnisse Rücksicht genommen werden. Allein es handelt sich immer nur um Richtlinien. Zudem sind die gewährten Unterstützungsbeiträge völlig unzureichend. Hat ein Rentner auch kleine Einnahmen, so werden diese in der Regel an diesen Beträgen in Abzug gebracht. Der Deutsche Rentnerbund ist bestrebt, der rechtlichen Stellung der Kleinrentner eine neue Grundlage zu verschaffen. Es soll ein Kleinrentnerversorgungsgesetz geschaffen werden, nach welchem an Stelle der im Ermessen der Fürsorgebehörden stehenden Unterstützungssätze gesetzlich feststehenden Rentenbeträge gewährt werden sollen. Es würde dann an Stelle der Unterstützung ein fester Rechtsanspruch treten, wie dies bei den Sozialrentnern und Kriegsbeschädigten schon jetzt der Fall ist. Die Kleinrentner sind lediglich infolge der Finanzpolitik des Reiches in Not und Elend geraten. Das Reich schuldet ihnen hierfür Ersatz.

Der sächsische Landtag nahm am Dienstag zunächst die Wahl der Landtagsausschüsse vor. Alsdann wurde zur **Wahl des Ministerpräsidenten** geschritten, an der sich sämtliche Abgeordnete beteiligten. Der Landtagspräsident stellte fest, daß die **absolute Mehrheit,** die von der Verfassung vorgesehen ist, von **keinem** der **Kandidaten erreicht** wurde, und daß daher ein Ministerpräsident nicht als gewählt gelten kann. — Die nächste Sitzung findet am 7. Dezember statt.

Rücktritt des griechischen Kabinetts. Das griechische Kabinett ist zurückgetreten, um die Bildung eines Koalitionskabinetts zu ermöglichen.

Mit der Beilage: Badische Wohlfahrtsblätter Nr. 9

Die Ziele des Jungdeutschen Ordens

Die „Voss. Ztg." veröffentlicht ein Gespräch eines Mitarbeiters mit dem Führer des Jungdeutschen Ordens, **Mahraun,** in welchem dieser sich scharf gegen die sogenannten „nationalen" Verbände aussprach, die nicht national, sondern reaktionär seien. Auf die Frage: Wie steht der Jungdeutsche Orden zur Republik? antwortete Mahraun: Wir erstreben die Errichtung eines Volksstaates in der Fortsetzung der Steinschen Lehren. Wir fordern die Verwirklichung solcher demokratischen Grundsätze, welche dem Empfinden des deutschen Volkes mehr entsprechen als die heutigen. Wir fühlen uns als Kämpfer für die Reform und Fortentwicklung des heutigen Staates. In außenpolitischer Beziehung mache Mahraun nicht jene nationale Bewegung mit, die für die Pflege des Rachegeistes um jeden Preis eintrete.

Briand über die Außenpolitik

In der Donnerstag-Nachmittagssitzung der Kammer ergriff Außenminister **Briand** das Wort, um in einer zweistündigen Rede sich über die Außenpolitik der französischen Regierung auszusprechen. Zunächst verbreitete sich Briand über die französische Poitik in Tunis, erläuterte dann den Standpunkt der französischen Regierung zu den Ereignissen in China und sprach hierauf über die französisch-italienischen Zwischenfälle, die die öffentliche Meinung Frankreichs erregt hätten. Alsdann ging Briand dazu über, die Politik von **Locarno und Thoiry** zu erörtern. Briand erklärte, er sei der Ansicht, daß ein dauerhafter Friede ohne eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu erzielen sei. Die Politik von Locarno habe den Zweck gehabt, zu ermöglichen, daß die Konflikte zwischen den Nationen auf juristischem Gebiet ausgetragen werden könnten. Es sei von großer Bedeutung, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei. Es sei aber **unmöglich,** von einer Politik von so weittragender Bedeutung **innerhalb dreier Monate** schon weithin sichtbare Ergebnisse zu erwarten. Briand bedauerte dann lebhaft, daß die letzte Reichstagsrede **Stresemanns** durch eine unvollkommene Wiedergabe in der französischen Presse in ihrer Bedeutung vollkommen mißverstanden und falsch gedeutet worden sei. Auch die Rede des ehemaligen Reichskanzlers Dr. **Wirth** sei fragmentarisch wiedergegeben worden und konnte deshalb nach ihrer Bedeutung nicht richtig gewürdigt werden. — Sämtliche Parteien bis in die Reihe des linken Flügels der Fraktion Poincarés bereiteten Briand nach Beendigung seiner Rede stürmische Ovationen. Nachdem er die Rednertribüne verlassen hatte, drückte ihm **Poincaré** die Hand.

Tschitscherin in Berlin. Dienstag abend traf der russische Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin in Berlin ein.

Das Schmutz- und Schundgesetz. Durch die Ablehnung der §§ 2 und 3 sind bis zur dritten Lesung im Reichstag neue Kompromißverhandlungen unter den Regierungsparteien vorgesehen. Diese sollen offiziell am heutigen Mittwoch nachmittag beginnen. Jedoch haben schon am Dienstag unter den Vertretern der Regierungsparteien Vorbesprechungen stattgefunden. Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum, geben nach Blättermeldungen die Aussicht, daß das Zentrum die Anträge der Deutschen Volkspartei, drei Reichsprüfstellen im Benehmen mit den Ländern einzurichten, unterstützen werde. Die Deutsche Volkspartei würde, falls ihr Antrag zu § 2 (Einrichtung von 3 Reichsprüfstellen), nicht durchgeht, wahrscheinlich für den demokratischen Antrag auf Schaffung einer Reichsstelle stimmen.

Die Kaiserhof-Frage. Eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner Hoteliergesellschaft beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage des Verkaufs des Hotels „Kaiserhof". Die Generalversammlung nahm eine Entschließung an, in welcher sie eine Prolongation des mit dem Reiche abgeschlossenen Vertrages über den Verkauf ablehnt, jedoch den Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, die Verhandlungen weiterzuführen um den Verkauf eventuell durchzuführen, wobei den geänderten Verhältnissen hinsichtlich der Preisbildung Rechnung getragen werden müßte. Die Verwaltung ist beauftragt, mit der Stadt Berlin und dem preußischen Staat in Verbindung zu treten, um deren Vorschläge zu hören.

Der Prozeß gegen 22 deutsche Südtiroler. In **Verona** begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen 22 deutsche Südtiroler, von denen zwei deutsche Reichsangehörige sind. Der Hauptangeklagte Ingromar Parhouz, ein österreichischer Staatsangehöriger, der in Bozen ansässig ist, leugnete eine Reihe von Anschuldigungen, die der Vorsitzende ihm vorhielt. Kein einziges römisches Blatt bringt ein Wort über diese Vorgänge.

Kurze Nachrichten

Vandervelde auf deutschen Vorschlag Ratsvorsitzender? Der „Vorwärts" bringt folgende Meldung aus Brüssel: Dr. Stresemann hat dem Generalsekretär des Völkerbundes vorgeschlagen, den Vorsitz für die Dezembertagung des Völkerbundsrates an Belgien zu übertragen und Deutschland den Vorsitz während der Märzsession zu überlassen. **Vandervelde** dürfte bereit sein, diesem Vorschlage zu entsprechen.

Der Rahmentarif der Reichspostarbeiter gekündigt. Vom Deutschen Verkehrsbund wird mitgeteilt: Der Lohntarif für die Arbeiter der Deutschen Reichspost vom 27. Juli 1926 ist heute zum 31. Dezember gekündigt worden. Die Verhandlungen werden Anfang nächster Woche beginnen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in England. Die Zahl der Bergarbeiter, die am Dienstag in England die Arbeit wieder aufgenommen haben, überschreitet beträchtlich die Zahl einer haben Million. Die letzte Zunahme beträgt über 60 000.

Badischer Teil

Eine Rede des neuen badischen Kultusministers

In einer Mitgliederversammlung des Ortsvereins Karlsruhe der Deutschen demokratischen Partei nahm am Montag abend — wie die N. Bad. Landesztg. berichtet — der neue Unterrichtsminister **Leers** das Wort zu einer programmatischen Ansprache.

Er erinnerte zunächst an das Gelöbnis, der er im Landtag nach seiner Wahl zum Minister abgegeben habe, wonach er in **Treue zur republikanischen Verfassung** sein Amt verwalten werde. Er habe das geflissentlich vorangestellt, weil wir uns immer bewußt sein müßten, daß die Treue zur Republik der Leitstern unseres politischen Handelns sein müsse. Äußerlich sei die Republik zwar nicht mehr in Gefahr, trotzdem aber sei es falsch, wenn man glaube, es sei unnötig, die Treue zur Republik besonders zu betonen.

Gerade die **Schule** habe die Aufgabe der Erziehung zu freien und stolzen Vertretern der republikanischen Idee. Selbstverständlich müsse die Politik aus der Schule vollständig herausbleiben; aber eine ihrer Hauptaufgaben sei die Erziehung zum verfassungsgetreuen Staatsbürger. Eine schulprogrammatische Rede könne er heute noch nicht halten und er sei sich bewußt, daß er der dauernden Mitarbeit sachverständiger Berater in seinem Ressort bedürfe. Aber diese sachverständigen Berater dürfen nicht selber regieren, sondern er als verantwortlicher Minister müsse die Zügel immer in der Hand haben.

Der Unterrichtsminister sei nicht nur ein Ressortminister, sondern auch Mitglied es Staatsministeriums und habe sich als solches mit allgemeinen politischen Aufgaben zu befassen. Die **Treue Badens zum Reiche** sei für ihn eine Selbstverständlichkeit, aber es müßten die Rechte der Länder, die in der Weimarer Verfassung festgelegt seien, den Ländern auch gewahrt bleiben.

In Beamtenfragen stehe er auf dem Standpunkt, daß der Staat verpflichtet sei, die **Rechte der Beamten** zu wahren, so wie die Beamten freudig ihre Pflicht dem Staat gegenüber tun wollen. Minister Leers sprach dann noch kurz zur Wohnungsfrage und zu den Fragen der sozialen Fürsorge für die Kriegs- und Inflationsgeschädigten. Hier mit größter Sorgfalt darnach zu streben, daß die bittere Not dieser Kreise gelindert werde, scheine ihm eine moralische Pflicht auch demokratischer Politiker zu sein.

Er werde sich auch stets für eine gesunde **Selbstverwaltung der Gemeinden** und der sonstigen Selbstverwaltungskörper einsetzen. Wenn die Demokratische Partei in die Weimarer Koalition eingetreten sei, so sei es eine Selbstverständlichkeit, daß sie mit den übrigen Koalitionsparteien freundschaftlich Hand n Hand arbeiten wolle, so lange und so weit sich das irgendwie ermöglichen läßt. Selbstverständlich müßten dabei die eigenen politischen Grundsätze gewahrt bleiben. Im übrigen aber werde er sich bei seiner Amtsführung stets bewußt sein, daß er nicht nur Parteigrundsätze zu vertreten habe, sondern daß er für das **Wohl der Gesamtheit** des badischen Volkes zu arbeiten verpflichtet sei. Das sei auch die einzig mögliche demokratische Auffassung eines Ministeramtes.

Minister **Leers** bedauerte, daß die Fraktion der **Deutschen Volkspartei** eine engere Zusammenarbeit mit der der Demokratischen Partei abgelehnt habe. Das könne natürlich für die Zukunft nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Badischer Landtag

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung hat am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen.

Er beschäftigte sich zunächst mit einem Gesuch der **Vereinigung badischer Hebammen** um Erlaß eines **Hebammengesetzes.** Die badische Regierung erklärte sich bereit, einen schon vorbereiteten Gesetzentwurf in Bälde vorzulegen. Vorher muß jedoch die Reichsgewerbeordnung eine Änderung erfahren, da beabsichtigt ist, für die Niederlassung von Hebammen eine behördliche Genehmigung vorzuschreiben. Der Antrag des Berichterstatters Abg. **Graf** (Soz.), die Eingabe im Hinblick auf die Regierungserklärung als erledigt zu erklären, wurde mit allen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Zur Beratung kam sodann eine Eingabe des Bundes der deutschen **Bodenreformer** und des badischen **Mietervereins,** worin die durch Artikel 155 der Reichsverfassung verheißene **Heimstättengesetzgebung** verlangt wird. Darnach sollen Gemeinden und Staat verpflichtet werden, zur Errichtung von Heimstätten Boden zur Verfügung zu stellen. Die Eingaben wurden durch einstimmigen Beschluß der Regierung empfehlend überwiesen, entsprechend dem Antrage des Abg. Dr. **Engler** (Soz.).

Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Verordnung des Justizministeriums vom 10. August 1926 über die **Entlastung** der Richter durch die Übertragung selbständiger Geschäfte auf die gehobenen mittleren Justizbeamten. Der Berichterstatter Abg. Dr. **Wolfhard** (Dem.) gab einen sehr umfassenden Bericht über die Sach- und Rechtslage und gelangte zu dem Ergebnis, daß durch die Entlastungsverordnung dem Zweck derselben in ausreichendem Maße genügt sei. — Nach der Aussprache, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, wurde die Verordnung mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung zur Kenntnis genommen und ein Gesuch der mittleren Justizbeamten Badens für erledigt erklärt.

Um die Maxauer Rheinbrücke

Im Verkehrsausschuß des Reichstages wurde der Reichsverkehrsminister Dr. **Krohne** von Zentrumsseite wegen des Standes der Maxauer Brückenfrage interpelliert. Nach Mitteilung des Ministers sind die gemeinsam bearbeiteten Projekte Mannheim, Speyer und Maxau soweit gediehen, daß sie dem Finanzministerium, und zwar **alle drei gleichmäßig** wegen der Finanzierung vorgelegt werden könnten. Die Regierung habe aus wirtschaftlichen und volkspolitischen Gründen die Erbauung aller drei Rheinbrücken beschlossen. Dieselben sollen nunmehr auch gemeinsam zur Ausführung gebracht werden. Diese Entscheidung sei nicht zuletzt auch deswegen erfolgt, weil dadurch französischerseits Verpflichtungen im Interesse der Rheinschiffahrt zu übernehmen sind. Damit dürften, wie der „Badische Beobachter" schreibt, die aufgetretenen Befürchtungen einer nachteiligen Behandlung des Maxauer Projekts ausgeräumt sein, um so mehr als auch der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums eine gleichmäßige Behandlung dieser ca. 50 Millionen RM. erfordernden Neubauten, die im Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgegeben werden sollen, zusagte.

Stadtrats- und Gemeinderatswahlen

Bruchsal. Demokraten, Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale und Aufwertungspartei hatten sich für die Wahl des Stadtrats auf eine gemeinsame Vorschlagsliste geeinigt. Darnach erhalten die Sozialdemokraten 2, die Dem., DVP., DN. und Wirtsch. Vgg. je 1 Sitz. Dem Zentrum fielen 6, den Komm. 2 Sitze zu.

Durlach. Bei der Stadtratswahl erhielten die Freie Bürgerliche Vereinigung, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und Freie Bürgervereinigung Aue 6 Sitze, Sozialdemokraten, Zentrum und kommunale Wirtschaftspartei 8 Sitze, die Kommunisten 2 Sitze.

Schopfheim. Bei den am Montag abgehaltenen Gemeinderatswahlen stimmten von 60 Stimmberechtigten 34 für die Bürgerliche Einheitsliste (Bürgervertretung, Freie Mittelstandsvereinigung und Zentrum), 25 für die Sozialdemokratische Vorschlagsliste.

Kehl. Die Gemeinderatswahl am 29. November hatte folgendes Ergebnis: Liste I (Wirtschaftl. Vereinigung des bad. Mittelstandes) 6 Stimmen (1 Sitz), Liste II (Sozialdemokraten, Sundheimer Vereinigte Bürger, Demokraten, Zentrum und Kommunisten) 34 Stimmen (8 Sitze), die sich verteilen auf Sozialdemokraten 3, Demokraten 2, Sundheimer Bürger, Zentrum und Kommunisten je 1, Liste III (Wirtschaftl. Arbeitsgemeinschaft Kehl-Sundheim) 4, die sich verteilen auf Wirtschaftl. Arbeitsgem. Kehl 3, Sundheim 1.

Badisches Landestheater

Uraufführung: **„Der Jungbrunnen"**

Romantische Oper in 3 Aufzügen von **Bernhard Schuster**

Nach mehrmonatlicher Verzögerung — die Première war schon für das Ende der letzten Spielzeit vorgesehen und teilweise noch unter Ferd. Wagners Leitung vorbereitet, dem wohl auch in erster Linie die Annahme des Werkes zu danken ist — erlebte nun doch die dreiaktige Oper **„Der Jungbrunnen"** am badischen Landestheater ihre Uraufführung. Es ist das ältere romantische Gegenstück zu dem Schelmenspiel „Der Dieb des Glücks" von **Bernhard Schuster,** dem bekannten Herausgeber der bedeutendsten deutschen Fachzeitschrift „Die Musik", der inzwischen mit seinem heiteren dramatischen Werk auf manchen Bühnen einen recht ansehnlichen Erfolg errungen hat.

Ob nun das viel früher entstandene, in seinen ersten Anfängen noch in Schusters Theaterlaufbahn (als Opernkapellmeister in Magdeburg und Berlin) zurückreichende romantische Opus ein gleiches nachholen wird, scheint zumindest zweifelhaft. Denn nicht nur denkt die Zeit heute anders über das Opernproblem an sich und hat jeden Kontakt zu solch sagenhafter Stofflichkeit verloren, es läßt sich auch kaum leugnen, daß trotz allerhand gutem Willen und tüchtigen Ansätzen die fernliegende Idee, die durch ein Gemälde von Lukas Cranach angeregt wurde, uns weder dramatisch noch musikalisch zwingend nähergebracht wird. Die Handlung, nach einer Prosadichtung des Komponisten von **Wilhelm Holzamer** in Verse gesetzt, stellt einen Ausschnitt aus der frühen Geschichte des Mittelalters dar. Ob der heidnische oder der christliche Gott der richtige sei, ist aber nicht die Hauptfrage. Wenn auch Ammonius, der in seinem schlichten kuttenähnlichen Mönchsgewand wohl irgendeinem „Apostel der Deutschen" oder gar dem Erlöser selbst gleichen soll, in der Verklärungsszene des Schlußaktes dann wirklich die frohe Botschaft des Pfingstfestes verkünden kann, so ist zuvor der weltanschauliche Kernpunkt dieser Frage kaum berührt, noch deren gegensätzliche Auffassung plastisch herausgearbeitet worden. Seine Worte „dem Schoße der Kirche führ' ich euch zu, und Freude empfängt euch im himmlischen Reich!" habe überhaupt nur Bedeutung für Ava, die angebliche Heldin der Oper, die er damit zugleich gegen junge Fanatiker des neuen Glaubens schützen muß, die sich — hinter der Szene — bekehrt haben. Wer ist jedoch diese sonderbare weibliche Gestalt, für die schon der Scheiterhaufen errichtet wird, auf daß sie as Heidin verbrannt werde? Sie ist (im ersten Akt) die Retterin ihrer späteren Mörder; denn als die nach dem Willen des Kaisers Heinrich inmitten christlichen Gebietes noch heidnisch gebliebene Stadt Godinheim plötzlich von einer Seuche heimgesucht wird und vom sicheren Untergang bedroht ist, wofern nicht eine reine Jungfrau sich zu ihrem Heil opfert, da hat jener greise Apostel die zunächst heftig sich Widersetzende für diese Mission gewonnen und Ava hat sich nicht nur zu einem Reinigungsbad im nahen Bergsee, das sie von ihrem abstoßenden Äußern befreien soll, bereit erklärt, sie hat auch versprochen, ihren verschönten und verjüngten Leib nie in irdischer Liebe preiszugeben. Im zweiten Akt tritt Ava ihre Erlösungswallfahrt an. Wir begegnen der völlig Verwahrlosten und Erschöpften an jenem Wunderteich wieder in dessen verjüngende Fluten sie steigen will. Doch bleibt ihr Tun nicht ungesehen und unbemerkt. In die zauberische Waldgegend, die Trolle, Dryaden, Pane und sonstige Geister bevölkern, ist auch ein von weiter Fahrt heimkehrender Ritter gelangt. Seine ungestillte Liebessehnsucht kann sich an den von dem großen Pan angeführten und ihm höflich zugeführten Mooseweiblein nicht entzünden, heiße Leidenschaft flammt erst auf, sobald er die in begehrenswerte Schönheit verwandelte Ava dem Wasser entsteigen sieht. Liebesrausch ergreift auch diese, das Versprechen ist schnell vergessen, und Ammonius muß, einem Luzifer ähnlich, das Paar unter Donner und Blitz verfluchen und obendrein die sündhaft Liebenden zur Strafe des Augenlichts berauben. Nach zwölf Jahren kehren Beide, die in die Einsamkeit geflüchtet und Eltern eines blühenden Knaben geworden sind, von Sehnsucht getrieben und von ihrem Sohn geleitet nach Godinheim zurück. Mancherlei hat sich geändert, die Stadt ist christlich geworden, sie heißt jetzt Göttweih, man ist auch dabei, ein Gotteshaus zu errichten. Aber die einstige Retterin vor drohender Gefahr wird geschmäht und der Schändung des heiligen Pfingstfestes beschuldigt, bis im rechten Augenblick Ammonius erscheint und alles zum Guten lenkt. Er befreit die Entsühnten von ihrer Blindheit und stellt Dietmar nach Empfang der Taufe an die Spitze der Göttweiher Männer, die gerade ihren ersten Kreuzzug antreten wollen. So wandelt sich bittre Reue in lautere Freude.

Zu diesem Handlungsablauf braucht das Gehirn keine weiteren Notizen machen; ja man darf überhaupt nicht viel nachdenken über diesen unerquicklichen Berg von Schuld und Sühne, der da in der Form einer Legende vor dem Zuschauer sich auftürmt. Wem es möglich ist, muß sich eben von der schaurigen Romantik wonneklitzeln lassen, die der Textdichter dem weder geistig noch seelisch vertieften Geschehen umgehängt hat. Erträglicher ist auf jeden Fall die Musik* obwohl auch sie ein exemplarisches Destillat romantischer Abenteuerlust darstellt. Damit ist freilich nach der musikalischen Seite hin ebenfalls angedeutet, daß das Ganze nicht aus frischer Lebensanschauung, sondern aus einer überwundenen Stilauffassung herauswächst. Aber wie man beim Stoff, der immerhin durch Lukas Cranach inspiriert wurde, nicht ohne weiteres von einer Oldrucklegende sprechen kann, so ist es auch billigerweise gerechtfertigt, wenn man allenfalls wohl von einer etwas sonderbaren und verjährten Neuauflage des Wagnerschen Erlösungsprinzips redet, wofür sich ja in Siegfried Wagners Schaffen eine sinnfällige Parallele findet, daneben jedoch anerkennt, daß sich Schusters musikalisches Illustrationstalent nicht nur in altertümelnden Wendungen erschöpft. Vor allem hat er versucht, dem chorischen Element in seiner Partitur wieder einen entscheidenden Akzent zu geben, und neben diesen erfreulichen vokalchorischen Teilen zeugen auch manche Partien in seinem Kammermusikstil von persönlichem Gepräge. Für das Volumen einer Oper reicht leider ein solches Aneinderreihen von kleineren Formen, so geschmackvoll manches ist, nicht aus; es kommt zu keiner rechten Entwicklung, zu keiner wirklichen Steigerung. Von besonderem Nachteil ist das für die Einzelstimmen so ziemlich allen Bühnenfiguren fehlt daher ebenso das blühende Leben, der mitfortreißende Zug, wie dem ganzen Werke die melodische Leuchtkraft und die klangliche Wärme. Dies beeinträchtigt erheblich die Auswirkungsmöglichkeiten einer Tonsprache, die ob ihrer gemäßigt modernen, harmonisch klaren Haltung dem Publikum sonst zusagen müßte.

Die Darstellung der Novität konnte befriedigen, obwohl da und dort noch das Tüpfelchen auf einem i ihr fehlte. Alle Hauptbeteiligten zeigten das ehrliche Bestreben, den bedeutenden Schwierigkeiten des Werkes Herr zu werden, so namentlich in der weiblichen Hauptrolle **Hedy Iracema Brügelmann** (Ava) und unter den Männerpartien **Theo Strack** (Dietmar). Aus der großen Zahl der übrigen traten u. a. noch besonders hervor **Christian Lander** (Frowin), **Dr. Herm. Wucherpfennig** (Pan), **Emmy Seiberlich** (Trolla). Als Gast fügte sich **Walter Warth** (Ammonius) stimmlich und darstel-

---

* Klavierauszug und Textbuch sind in der Universal-Edition, Wien, erschienen.

Bad. Landesverband des Deutschen Rentnerbundes e. V.

In der am 6. November in **Karlsruhe** abgehaltenen Landestagung des Badischen Landesverbands des Deutschen Rentnerbundes E. V. wurde nach Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung und nach erneuter Bestätigung des festen Zusammenschlusses aller badischen Ortsgruppen der von dem Ehrenvorsitzenden, Geh. Rat Dr. **Cron**-Karlsruhe, überbrachte Bescheid des Badischen Landtags vom 24. September 1926 zur Verlesung gebracht, wonach der vom Landesverband am 1. März d. J. an den Badischen Landtag gerichtete Antrag auf Bereitstellung von Mitteln zwecks ausreichender Versorgung der enteigneten Rentner der Regierung nunmehr empfehlend überwiesen worden ist.

Die vollzählig erschienenen Vorsitzenden der badischen Ortsgruppen sahen sich veranlaßt, einstimmig folgende **Entschließung** anzunehmen:

1. Die durch das Mitel der Inflation schuldlos und rechtswidrig enteigneten, trotz aller Regierungserlasse von der Gnade der Gemeinden abhängigen, meist seit Jahren hungernden alten und wehrlosen Kapitalrentner verlangen energisch gesetzliche Sicherung einer Lebensmöglichkeit unter tunlichster Berücksichtigung ihrer früheren Lebensstellung. Sie fordern anstelle der unerträglichen Form der Fürsorge, welcher außer ihnen im allgemeinen nur die Ortsarmen unterliegen, ihr Recht wie jeder andere Staatsbürger.

2. Der Landesverbandsvorsitzende hat im Interesse der infolge unserer Not zu beschleunigenden Durchführung des Rentnerversorgungsgesetzes erneuten Antrag an die Regierung zu stellen.

Abwehr von Eisenbahnanschlägen

Im Laufe des Monats November haben auf den Bahnkörpern Bruchsal—Gölshausen und Bruchsal—Heidelsheim taktische Übungen zur Verhütung von Verbrechen gegen die Eisenbahn im Zusammenwirken von Staatsanwaltschaft, Eisenbahnbeamten, Gendarmerie und Polizei stattgefunden, die zur Zufriedenheit verliefen.

Aus den Parteien

Der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag, den 28. November, in Karlsruhe zusammen, wobei Landtagsabgeordneter Dr. **Mattes** die Stellungnahme der Fraktion anläßlich der Regierungsumbildung in Baden begründete. Daran schloß sich eine Aussprache und es wurde folgendes festgestellt:

1. Die Deutsche Volkspartei hat neben dem Minister einen Staatsrat nur für **den Fall** einer Verstärkung der Sozialdemokratie in der Regierung durch einen zweiten Staatsrat verlangt. Sie regte deshalb auch eine Regierung aus fünf Köpfen, zwei Zentrumsministern, je ein sozialdemokratischer Minister und Staatsrat und ein volksparteilicher Minister an. Beides wurde abgelehnt.

2. Die Behauptung, die Deutsche Volkspartei hätte eine Arbeitsgemeinschaft mit der Demokratischen Partei abgelehnt, ist unrichtig. Die Deutsche Demokratische Partei hatte als Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung allein mit Staatsräten von der Deutschen Volkspartei eine **Fraktionsgemeinschaft** mit einem **demokratischen Vorsitzenden** verlangt. Diese die Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei aufgebende organisatorische Verbindung der beiden Fraktionen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt, sich aber gleichzeitig zu jeder gemeinsamen Arbeit in **sachlicher** Hinsicht bereit erklärt.

3. Die Behauptung, die Aussichtslosigkeit eines sofortigen **Ministerpensionsgesetzes** habe die Entscheidung der Deutschen Volkspartei beeinflußt, ist unrichtig. Die Pensionsfrage war für die von der Deutschen Volkspartei beabsichtigte Lösung der Regierungsfrage **bedeutungslos.**

4. Die Unterstellung, die Weigerung der Deutschen Volkspartei, ohne einen weiteren Staatsrat in die Regierung zu gehen, sei von dem Wunsche des Dr. Mattes, Staatsrat zu werden, beeinflußt gewesen, ist **falsch.** Sonst wäre doch wohl der zweite Vorschlag, eine Regierung aus fünf Köpfen zu bilden, wobei die Deutsche Volkspartei nur einen Minister erhalten hätte, nicht gemacht worden. Die Auswahl der für einen etwaigen Staatsrat vorzuschlagenden Persönlichkeit war niemals Gegenstand der Erörterungen innerhalb der Partei.

Der Geschäftsführende Ausschuß sprach der Fraktion das volle Vertrauen aus.

---

lerisch gut dem jetzigen Ensemble ein. Chor und Orchester folgten in williger Bereitschaft dem Leiter der Aufführung, **Dr. Heinz Knöll,** der den differenzierten Strecken der Partitur zwar einiges schuldig blieb, dagegen in den Ensemblesätzen der beabsichtigten Wirkung recht nahe zu kommen schien. Neben **Otto Krauß,** der die Inszenierung mit kräftigen Strichen belebte, erwarben sich auch **Emil Burkard** (Bühnenbilder) und **Marg. Schellenberg** (Kostüme) besondere Verdienste. Im Lauf des Abends gelangte der Beifall über kühle Hochachtung nicht hinaus. Wohl konnte sich auch der anwesende Komponist inmitten der Mitwirkenden mehrmals für eine sehr höfliche Aufnahme bedanken, aber die flaue Stimmung zeigte doch recht deutlich, daß diese Art Romantik die meisten Zuhörer kaum noch innerlich zu rühren oder gar zu lebhafter Begeisterung hinzureißen vermag. **H. Sch.**

Astrologie. Im Eintrachtsaale hielt am Montag der hier bekannte Herr **Radetzky** einen Vortrag über die Sternenkunde, „die Kunst, die Sterne im Weltall, die Sonnenperiode und die festgestellten Sonnenflecke als Verkünder alles Erdgeschehens auszudeuten". Der Vortragende erläuterte der Zuhörerschaft die Grundbegriffe der Astrologie. Bereits die alten Völker hätten sich der Sternenkunde bedient. Berühmte Männer suchten in den Sternen Glück oder Unglück zu finden. Im vorigen Jahre hielt Radetzky im gleichen Saale einen Vortrag und gab seine Vorhersagungen für 1926 nochmals bekannt, die sich auch als eingetroffen ergaben, so u. a. die Überschwemmungen, Krankheits-Epidemien, Eisenbahnkatastrophen u. a. Das Eintreffen ist freilich nicht überraschend, denn derartige Dinge werden sich in jedem Jahr ereignen. Seine Ausführungen am Montag waren nun darauf angelegt, das aufgestellte Horoskop für 1927 auszulegen und kommende Ereignisse in der Welt zu prophezeien. Große Umwälzungen sollen in Rußland geschehen, der Bolschewismus, auch der Faszismus in Italien würden abgelöst, ein neuer Freiheitskampf stehe in Aussicht. Erdbeben, Springfluten seien 1927 zu erwarten, die gewisse Länderteile in Mitleidenschaft ziehen. In Frankreich, Polen und Tschechoslowakei würde die Inflation größeren Raum gewinnen, so daß auch da Umwälzungen bevorständen. Mussolini werde einem Attentat zum Opfer fallen. Auch auf Poincaré werde eines verübt werden. 1927 sei reich an wissenschaftlichen Erfindungen. Mit allgemein gehaltenen Horoskopen der unter den verschiedenen Sternenbildern Geborenen, beendete Radetzky seinen Vortrag. Zu diesem Abend hatten sich viele Wißbegierige im Eintrachsaale eingefunden. Die Voraussagungen für 1927 sind jedenfalls substanzieller als die für das Vorjahr. Man wird ja sehen, was dann eintrifft und was nicht.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Rundgang durch die „Kafunka"

Der Karlsruher, der dieser Tage sich dem Ausstellungsgelände nähert, wird schon von weitem auf die Karlsruher Funkausstellung aufmerksam gemacht. Dieses Mal jedoch nicht wie üblich, durch einen Fesselballon, sondern durch den Groß-Lautsprecher von Siemens & Halske. Auf hunderte von Metern läßt er seine Stimme erschallen und lenkt das interessierte Publikum näher. Auf einem kleinen unscheinbaren Postament steht vor der Ausstellungshalle der Lautsprecher und läßt in abwechslungsreicher Folge bald Musik, Gesang oder Sprache ertönen. Übertragungen aus Stuttgart und Freiburg wechseln dauernd mit eigenen Darbietungen aus dem Besprechungsraum der „Kafunka", die von namhaften hiesigen Künstlern geboten werden.

Beim Betreten der Halle fällt vor dem grünen Vorhang zwischen Zierbäumchen eingerahmt, gleich die Büste von Hertz, dem Entdecker der elektrischen Wellen, auf. Die Büste stammt von der künstlerischen Hand der Tochter des Erfinders.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Stand der Firma „Radiokönig", Karlsruhe. Dieser, wohl der ältesten Radiofirma Badens, darf ein wesentliches Verdienst an der Einführung des Rundfunks in Baden zugesprochen werden. In übersichtlicher Weise sieht der Besucher die Erzeugnisse der bekanntesten Firmen der Radioindustrie sowohl in fertigen Geräten, wie Einzelteile für den Selbstbau als auch dem ergänzenden Zubehör. Die Buchhandlung Müller & Gräff hat die einschlägige Radio-Literatur ausgestellt. Einen beträchtlichen Teil der Ausstellung umfaßt die reichhaltige Schau der Badischen Lehrmittelanstalt Inh. Otto Bezold. Die C. Lorenz A.-G. Berlin, Zweigniederlassung Karlsruhe ist durch ihre Radio-Vertriebsgesellschaft auf der Ausstellung vertreten. Elektrische Lötkolben für Bastlerzwecke zeigt die Firma Lewering in Dortmund. Eine alte Karlsruher Firma hat sich auch der Rundfunkindustrie zugewendet. Es ist Busold & Nied, die das ganze Isaria-Rundfunkgerät ausgestellt hat. Besonderes Interesse erregt der Stand der Firma H. Bensbach, Durlach, die in ihrer Eigenschaft als badischer Generalvertreter zahlreicher Radio-Fabriken, verschiedene Neuheiten auf dem Gebiete des Funkwesens zeigt. An einem kleinen Stand hat sich die Firma Haack aus Halle niedergelassen mit ihren Putz- und Schleifapparaten. Auf dem Stand der Firma Hammer & Helbling, Karlsruhe, sieht man sämtliche Werkzeuge für den Selbstbau von Radio-Apparaten. Die verschiedensten Typen der Radio-Röhren hat der badisch-pfälzische Vertreter der Firma Niggel-Audion G. m. b. H., München, ausgestellt. Bäcker & Schake, Ohligs, bringen einen Elite-Schraubenzieher für Radiobastler und Elektromonteure. Den nächsten Platz hat der „Süddeutsche Rundfunk", die offizielle Illustrierte Programmzeitung des Stuttgart-Freiburger Senders belegt.

Optische Präzisionsinstrumente für Radiozwecke zeigt die Firma Pfeilmeier, Fellbach-Stuttgart. Mit einem wirkungsvollen und reichhaltigen Stand ist die Berliner Firma Mercedes-Radio-Werke, Berlin, vertreten. Die Süddeutsche Telefonfabrik A.-G. (Sütefag) zeigt auf ihrem Stand Empfangsgeräte der Telefonfabrik vorm. I. Berliner.

Einen weiten Raum in der Ausstellung nimmt das **physikalische Institut der Technischen Hochschule „Fridericiana"** ein. In imponierender Größe stehen die Nachbildungen der Apparate da, mit denen der Physiker H. Hertz am physikalischen Institut der Karlsruher Hochschule in den Jahren 1886/88 erstmalig bewußt elektrische Wellen darstellte. Zwei große parabolische Blechreflektoren enthalten in ihrer geometrischen Achse die Antennen für Sender und Empfänger, Antennen die in ihrer auffallenden Form heute als Hertz-Antenne speziell in der Kurzwellen-Technik wieder Bedeutung erlangen. Mit Hilfe der aufgestellten Blechspiegel, Drahtgitter und Pechprisma konnte Hertz den Nachweis erbringen für das gleiche Verhalten von Licht und elektrischen Strahlen durch Vorführung von Reflexion, Polarisation und Brechung der elektromagnetischen Schwingungen. Sämtliche genannten Ausstellungsobjekte sind Nachbildungen der Originalapparate, die sich im Deutschen Museum in München befinden. Die Kopien fertigte der Institutsmechaniker Ancnn, der auch die ersten Geräte nach Angaben von Hertz herstellte, an. Weiter sind hier zu sehen die Hochvakuumpumpen, deren Erfinder der jetzige Leiter des Physikalischen Instituts, Professor Gaede ist. Erst durch diese Pumpen war die Röhrentechnik in der Lage, die Sende- und Empfangsröhren mit einem derartig hohen Vakuum zu versehen, wie es für ein gutes Arbeiten der Röhren nötig ist. Als besondere Sehenswürdigkeit ist eine Mehr-Elektroden-Röhre ausgestellt, eine Erfindung ebenfalls von Professor Gaede aus dem Jahre 1906, mit der damals ungedämpfte Schwingungen erzeugt wurden. Das **städt. Straßenbahnamt** Karlsruhe zeigt verschiedenen Formen der Bügel. Jeweils ein neuer und ein alter Bügel der drei zurzeit verwendeten Arten — Aluminium-, Kohle- und Messingbügel — deuten dem Beschauer den Unterschied in der Verwendung dieser Stromabnehmer an. Der größte Störenfried (Aluminiumbügel) der Karlsruher Rundfunkempfänger ist in Karlsruhe hoffentlich bald nur noch auf Ausstellungen und in Sammlungen zu sehen, da ja endlich — noch dieses Jahr der A.E.G.-Messingbügel im städt. Straßenbahnbetrieb eingeführt werden soll.

Nette Kleinigkeiten (Spielzeug für Erwachsene und Kinder) empfiehlt der Neuheitenvertrieb O. Lindner Leipzig, während die Hessen-Nassauische Batterien- u. Elementefabrik G.m.b.H. Frankfurt a. M. wieder Radiomaterial zeigt.

Auch die **Gewerbeschule Karlsruhe** ist auf der „Kafunka" vertreten und zwar sieht man auf ihrem Ausstellungsstand die Lehrmittel, die ihr für ihre Abendkurse über Radiotechnik zur Verfügung stehen. Mit diesen Kursen bietet die Schule bereits seit der Einführung des Deutschen Runfunks jedermann Gelegenheit, sich mit dem neuesten Zweig der Elektrotechnik, nämlich der Hochfrequenztechnik bekanntzumachen. Für elektrotechnisch vorgebildete Personen werden Sonderkurse abgehalten, welche hauptsächlich aus den Kreisen der elektrotechnischen Gewerbe vom Lehrling bis zum Meister, lebhaften Zuspruch finden. Wir finden auf dieser Sonderschau eine wertvolle Zusammenstellung von etwa einem Dutzend Empfangsapparaten verschiedener Systeme, vom einfachen Detektor bis zum Rahmenempfänger, erbaut von Dipl.-Ing. Felix Spiegel. Besonderes Interesse erregen einige Reiseempfänger, leicht transportable Geräte, die in kleinem Kasten komplette Empfangsapparate mit allem Zubehör enthalten und zum Studium der Empfangsverhältnisse außerhalb der Großstadt dienen. Eine Sammlung von transparent angeordneten Diapositiven gewähren einen Einblick in die deutschen Großstationen, Rundfunksender, Fabrikation von Einzelteilen usw. und radiotechnische Meßinstrumente. Eine Anzahl lehrreicher Wandtafeln vervollständigen die interessante Schau.

Eine weitere Zeitschrift, die dem Rundfunkfreund vieles bietet, ist die „Sendung". Zum Radio gehört auch ein gemütliches Heim. Dies zeigt das Möbelhaus Karl August Marx (Möbel-Marx). In reicher Auswahl bringt die Firma Albert Glock & Co., Karlsruhe, eine Sammlung der verschiedenartigsten Photo-Apparate für Platten und Filme. Auf dem Stand der Firma Alfred A. Büttner, Karlsruhe, werden uns wenige aber deshalb durch Qualität bestens bekannte Markenartikel vorgeführt.

Die **Badische Gesellschaft für Radiotechnik** und das **Staatstechnikum Karlsruhe** zeigen auf ihren Ständen vieles, was interessant und sehenswert ist. Schon allein der Bastlerwettbewerb verdient weitgehendste Beachtung. Über diese beiden Ausstellungen wird noch zu sprechen sein.

Lina Sommer-Ehrenabend. Der am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses in Karlsruhe stattfindende Ehrenabend für die bekannte pfälzische Dichterin Lina Sommer ist einem wohltätigen Zwecke gewidmet. Er soll den Grundstock für eine Lina Sommer-Stiftung, die dem Kindererholungsheim Elmstein in der Pfalz zugedacht ist, bilden. Die greise Dichterin hat sich durch ihre gemütsvollen, ernsten und heiteren Dichtungen weit über die Grenzen ihrer engen Heimat hinaus einen großen Freundeskreis geschaffen. Ein vielseitiges und anspruchvolles Programm hat die Ortsgruppe Karlsruhe des Pfälzerwaldvereins, in deren Händen die Veranstaltung liegt, zusammengestellt. Der Vorverkauf liegt in den Händen der Buchhandlg. Werner Schultzenstein, Waldstraße 95, des Zigarrenhauses R. Pfeiffer, Kaiserstr. 74 und von Karl Höffler, Friedrichsplatz 11 (im Laden).

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der allgemeine Nordoststrom aus dem Kältepol über Nordskandinavien dauert an und verhindert das Vordringen eines Tiefs über Südfrankreich in östlicher Richtung. Daher ist noch keine Änderung der Wetterlage zu erwarten. **Prognose.** Keine Änderung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 30. Nov. Wie wir dem „Heidelb. Tagebl." entnehmen, sind die **rätselhaften Autoüberfälle** in der Schwetzinger Gegend und an der Bergstraße nach Ansicht der Polizei **Phantasiegebilde** ängstlicher Leute oder sie sind auf Mißverständnisse zurückzuführen. So wurde in der Nähe des Grenzhofes von einer fliegenden Polizeipatrouille ein Auto angehalten, das zur nächtlichen Stunde auf einem Feldweg fuhr. Der Insasse war ein harmloser Heidelberger Bürger, der wegen der verschiedenen Landstraßenausbesserungen gezwungen war, auf Feldwegen die Strecke nach Hause zu suchen. Bei all den gemeldeten Autoüberfällen ist merkwürdigerweise niemals das Geringste passiert. Die Polizei hat selbstverständlich alle Vorsichtsmaßregeln getroffen; doch hält sie die Besorgnisse der Bevölkerung für unbegründet.

DZ. **Sindolsheim** (Kreis Mosbach), 29. Nov. Der durch das **Großfeuer** entstandene Gebäudeschaden wird auf 50 000 Mark, der Fahrnisschaden auf etwa 70 000 Mark geschätzt. Es besteht die Vermutung, daß Brandstiftung vorliegt.

Ludwigshafen a. Rh., 30. Nov. Zu der Nachricht, wonach ein Mann in bayerischer Tracht, der sich zur Fremdenlegion gemeldet haben soll, von zwei französischen Soldaten durch die Straßen der Stadt verfolgt, festgenommen und nach den Kasernen verbracht worden sei, wird von amtlicher französischer Seite folgende Darstellung gegeben: Montag nachmittag fand sich ein Deutscher namens Wilhelm **Kerler** auf der französischen Kommandantur ein und meldete sich freiwillig zur Fremdenlegion. Die Kommandantur erklärte ihm, daß sie hierfür nicht zuständig sei, weshalb sich Kerler in die Kaserne begab. Dorten stieß er plötzlich den zur Kasernenwache gehörenden Korporal weg und **flüchtete.** Der Korporal, der von Kerler weiter nichts wußte, auch nicht den Grund seiner Anwesenheit, nahm mit 2 Soldaten die Verfolgung auf. Sie erwischten den Kerler in der Nähe des Oberen Rheinufers am Zollhofe. Kerler wurde durch einen Verbindungsoffizier in der Kaserne vernommen. Er habe erklärt, daß er in die Fremdenlegion aufgenommen werden wolle, da er aber geschlechtskrank sei, befürchte er, bestraft zu werden. Er sei deshalb entflohen. Auf diese Erklärung hin sei er aus der Kaserne **entlassen** worden. Eine Vernehmung des Kerler durch die deutschen Behörden konnte nicht erfolgen, da sein Aufenthalt trotz aller Nachforschungen bis jetzt **unbekannt** geblieben ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. Dezember		30. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.97	168.39	168.07	168.47
Kopenhagen 100 Kr.	111.81	112.09	111.93	112.21
Italien . 100 L.	17.92	17.97	17.965	18.005
London . . 1 Pfd.	20.372	20.422	20.386	20.438
Newyork . . 1 D.	4.20	4.21	4.2025	4.2125
Paris . . 100 Fr.	15.45	15.49	15.60	15.64
Schweiz . 100 Fr.	81.04	81.24	81.07	81.27
Wien 100 Schilling	59.26	59.40	59.31	59.45
Prag . . Kr. 100	12.438	12.478	12.443	12.483

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist für Freitag, den 3. Dezember d. J., 11 Uhr vorm., einberufen worden. Es handelt sich um eine der üblichen Sitzungen.

Süddeutsche Drahtindustrie A.G. Mannheim-Waldhof. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Regularien. Aus dem Reingewinn von 99 109 RM. auf die Stammaktien von 900 000 wird eine 5prozentige Dividende verteilt. Die Generalversammlung beschloß ferner, das Aktienkapital bis 1 600 000 M. durch Ausgabe neuer Aktien zu 300 RM. nicht unter pari zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Wenn bis zum 1. Dez. 1927 nicht mindestens 450 000 M. gezeichnet sind, gilt die Erhöhung als nicht genehmigt. Auf neue Rechnung werden 13 346 M. vorgetragen.

Kleinschanzlin & Becker & Co. Frankenthal. Die in **Mannheim** abgehaltene Generalversammlung der Klein-Schanzlin & Becker & Co. Frankenthal beschloß, aus dem 198 930 M. betragenden Reingewinn eine Dividende von 7 Proz. auf die Vorzugsaktien und 6 Proz. auf die Stammaktien zu verteilen. Auf neue Rechnung werden 8728 M. vorgetragen. Die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder Geheimer Justizrat David und Generaldirektor Jäger-Mannheim wurden wiedergewählt. Gegen den Bericht des Vorstandes und die Bilanz stimmte ein Aktionär mit zwei Stimmen.

Verschiedenes

Ausbruch von Gefangenen in Gleiwitz

Aus dem Gerichtsgefängnis in Gleiwitz sind Montag nacht mehrere Untersuchungsgefangene, im ganzen etwa zehn, sowie einige Strafgefangene ausgebrochen und entflohen. Unter den Entflohenen befanden sich auch einige politische Gefangene. Bekannte politische Gefangene sind jedoch unter den Entsprungenen nicht. Sie sind auf polnisches Gebiet entkommen. Anscheinend ist an der Flucht Gefängnispersonal beteiligt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badische Lichtspiele
Konzerthaus

F.948

Das Blumenwunder
Liebe über den Zaun

verlängert bis Donnerstag, letzte Vorführung **heute u. morgen** abends 8 Uhr

FREITAG, 3. Dezember nachm. 4 Uhr
Sondervorführung für unsere Kleinen
auch unter 6 Jahren in Begleitung Erwachsener

Marienkind

(Grimm'sches Märchen)
Farbige Original-Glasgemälde
Erzählung und Musik durchgeführt von
Kunstmaler Gustav Maier-Kulenböck
München-Reutlingen.

Preise:
I. Pl. Erwachs. Mk. 1.— Kinder Mk. 0.50
II. Pl. Erwachs. Mk. 0.60 Kinder Mk. 0.30

Kartenvorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße und Geschäftsstelle Beiertheimer Allee 10, Tel. 4560/61 von 9—1 u. 3—5 Uhr

Colosseum

Ab 1. Dezember täglich

Gastspiel von Meths Bauerntheater

Am 1. u. 7. Dez.: **Der Ehestreik.**
Am 2., 4. u. 10. Dez.: **Die Probenacht.**
Am 3. u. 9. Dez.: **Der Tugendpreis.**
Am 5., 6. u. 8. Dez.: **Die himmelblaue Bettstatt.**
Am 11. u. folgnd. Tage: **Die Drei Dorfheiligen.**

F.943

Schwetzingen. J.268
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 474 **Volz,** Georg Martin, Bäckermeister in Ketsch, und Katharina geb. Eichhorn. Vertrag vom 24. November 1926. — Gütertrennung. —
Schwetzingen, 29. 11. 26.
Bad. Amtsgericht I.

Überlingen. J.264
Güterrechtsregister Bd. II Seite 226: **Schmidt,** Hugo, Fabrikant in Oberuhldingen, u. Maria geb. Billmann. Vertrag v. 11. November 1926. Gütertrennung. Den 27. November 1926.
Bad. Amtsgericht Überlingen

Die praktischsten und billigsten Weihnachts-Geschenke sind

STOFFE

Die Freude am Schenken ist doppelt groß, wenn der Gegenstand einen praktischen Zweck erfüllt, aber erst recht, wenn man für „wenig Geld" viele „gute Ware" kaufen kann

Herrenstoffe

Buxkin für Knabenkleidung	Mk. 4.50,	3.50,	2.50,	1.75
Reinwollene, solide Anzugstoffe	Mk. 10.50,	8.50,	7.50.	6.50
Reinwollene Kammgarnstoffe	Mk. 18.50,	17.50,	16.50,	15.—
Marengo- und schwarze Paletotstoffe	Mk. 16.50,	14.50.	10.50,	8.—
Ulsterstoffe	Mk. 17.—,	15.—,	9.50,	6.50

Ein Posten Phantasie-Westen für Geschenke . . . Mk. 5.—
Alle Preislagen und Qualitäten für Tanz- und Abendanzüge

Rodel- und Skisportstoffe in allen Qualitäten und Farben
Blau Yachtklub-Serge, feine Ware, sehr preiswert . Mk. 12.50

Kleiderstoffe

Hauskleiderstoffe	Mk. 0.75 an
Reinwollene Blusenstoffe	Mk. 1.75 an
Blusenstoffe, gestr., neueste Kunstseidemuster	Mk. 1.— an
Schotten	Mk. 1.— an
Farb. Kleiderstoffe, Chev., 85 cm, reinwollen.	Mk. 1.50
Farb. Kleiderstoffe, Kammg., 85 cm, reinwollen.	Mk. 3.50
Crêpe, gestr. und kar., 100 cm, vornehmes Kleid	Mk. 2.50
Popeline, 85 cm, in vieleu Farben	Mk. 2.25
Reinwollene Schotten	Mk. 2.75
Reinwollene Bordürenstoffe	Mk. 4.50
Rips, 130 cm	Mk. 4.50
Rips, 130 cm, wunderbare Ware	Mk. 6.25
Reinwollene Stoffe, 130 cm, für Kleider, Mäntel, teuerste Qualitäten . . . jetzt Mk. 6.—	Mk. 5.—

Seidenstoffe

Kunstseide, Jacquard	von Mk. 1.20 an
Kunstseide, geblumt, neue Dessins	von Mk. 1.40 an
Verona-Kunstseide, licht- u. waschecht, gr. Farbsort.	Mk. 2.75
Marrocaine, bedruckt	Mk. 3.50
Waschseide, kariert, 100 cm	Mk. 3.50
Marrocaine, Wolle und Seide, großes Farbsort.	Mk. 4.50
Crêpe-Veloutine, 100 cm, sehr preisw., f. Ges.-Kleid	Mk. 4.25
Taffet für Stilkleider, glatt und chang., 85 cm	Mk. 4.50
Crêpe de chine, 100 cm, gute Ware	Mk. 5.90
Surah-Schotten, 90 cm, sehr billig	Mk. 5.—
Crêpe-Jacquard für Gesellschafts-Kleider	Mk. 7.—
Reinseidener Crêpe de chine, bedruckt	Mk. 8.50
Lindener Samt	Mk. 4.90

Baumwollwaren

Rohnessel, 80 cm	Mk. 0.28
Hemdentuch	Mk. 0.55, 0.45, 0.35
Hemdentuch, Ia, extra	Mk. 0.68
Finett, weiß	Mk. 0.75, 0.65, 0.55
Stuhltuch, schöne Ware, 150 cm	von Mk. 1.25 an
Stuhltuch, schöne Ware, 80 cm	von Mk. 0.75 an
Damast, weiß	von Mk. 1.50 an
Bettkattun, 130 cm	von Mk. 0.95 an
Bettkattun	von Mk. 0.55 an
Baumwollflanell	Mk. 0.52, 0.48, 0.45
Sportflanell	Mk. 0.75, 0.70, 0.58
Schürzenstoffe, 115 cm	Mk. 0.95, 0.75
Köper, bedruckt, doppelseitig, unverwüstlich	Mk. 0.85
Musselin	Mk. 0.50
Wollmusselin	Mk. 1.50
Künstler-Druck	von Mk. 1.— an
Crepon, gestreift und kariert, 100 cm	Mk. 1.50
Frotté, Restbestände	Mk. 1.—
Voile	Mk. 1.—
Bettbarchent, 130 cm	Mk. 2.25
Bettbarchent, 83 cm	Mk. 1.50
Bettuchbiber	von Mk. 1.10 an
Bettücher, 140/190	Mk. 2.25

Mantelstoffe

Flausch	Mk. 3.50
Velour de laine, 140 cm, Ia Ware	Mk. 7.90
Mantelstoffe, Restbestände, sehr billig	
Pelzstoffe	

LEIPHEIMER & MENDE

932

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Das
Rätsel
meines
beispiellosen Erfolges

wird Ihnen sofort klar, wenn **auch Sie** mit Ihren Angehörigen meine umfangreiche, durch **Ausbauten** und **räumlich bedeutend vergrößerte**

Möbel-Schau

* besuchen *

Wohnliche Zusammenstellung von Möbeln aller Art in den historischen Räumen des

70 Modell-Zimmer ausgestellt

70 Modell-Zimmer ausgestellt

MARKGRÄFL. PALAIS

Eintritt frei! Rondellplatz Eintritt frei!

KARLSRUHE KAISERSTR. 104

FRIEDR. BLOS

bittet für die
Weihnachts-Einkäufe
seine reichhaltige Ausstellung in zeitgemäßen und billigen Geschenkartikeln zu besichtigen.

BADEN-BADEN A. RUSCHE FILIALE LICHTENTALERSTR. 7

Tüchtiger Verkäufer

gesucht für ein Kaffee-Spezial-Geschäft. Bei Eignung dauernde, gut bezahlte Stellung. Verlangt wird energische, arbeitsfreudige Kraft aus der Branche. Selbstgeschriebene Angebote mit Bild, lückenlosem Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter F. 924 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten

Geschwister Baer

Waldstraße 37 · Telephon 579

empfehlen
zu Geschenkzwecken
Leib-, Tisch- u. Bettwäsche
Taschentücher
zu ganz besonders billigen Preisen.

Mannheim. J.262
Zum Güterrechtsregister Band XVI wurde heute eingetragen: O.-Z. 61: Max **Freudenberg,** Kaufmann, und Rina gebor. Mayer in Mannheim. Vertrag vom 8. Nov. 1926 Gütertrennung. O.-Z. 62: Karl **Böhler,** Techniker u. Anna geb. Basel in Mannheim. Vertrag v. 10. November 1926 Gütertrennung.
Amtsgericht FG. 4

Pianos

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbprinzenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel
Pianinos 759
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Badisches Landestheater

Donnerstag, 2. Dez. 1926
*D 9 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 1101—1200

Danton

von Romain Rolland
In Szene ges. v. F. Baumbach

Danton	Hierl
Robespierre	v. d. Trenck
Camille	Leitgeb
Saint-Just	Dahlen
Hérault	Kloeble
Billaud	Brand
Vadier	Prüter
Philippeaux	Kienscherf
Fabre	Höcker
General Westermann	Hofbauer
Fouquier-Tinville	Gemmecke
Hermann	Herz
General Hanriot	Nagel
Lucile	Fein
Eléonore	Moest
Madame	Frauendorfer
David	Müller
Schreiber	Dr. Storz
Obmann	Lindemann

Anfang 8 Ende gegen 10¼
Sperrsitz I M. 5.—
Fr. 3. Dez. Taifun

Druck G. Braun, Karlsruhe